

## **Norman Paech: Ein Sieg der Diplomatie**

Die Kuh ist vom Eis – zumindest für die nahe Zukunft und die Erleichterung über die Einigung von Obama und Putin über einen politischen Weg zur Beseitigung der Chemiewaffen in Syrien ist allgemein erkennbar. Nur wenige sind hörbar unzufrieden: der bewaffnete Widerstand und ihre Terrorgruppen in Syrien und Netanjahu natürlich. Aber selbst McCain und Hollande, der nur in letzter Minute noch von Obama gestoppt werden konnte, einen Militärschlag gegen Syrien zu starten, sowie die deutschen „humanitären Krieger“ in den Medien sind verstummt. Nur der „Spiegel“ sammelt hier und dort, notfalls in den USA professorale Stimmen, um seinen Kriegsdurst zu stillen. Politisch geht es jetzt aber vor allem darum, das Gesicht zu wahren und immer wieder zu betonen, dass die harte Haltung der USA, Frankreichs und Großbritanniens und die unverminderte Drohung mit militärischen Schlägen zum Einlenken der syrischen Regierung geführt haben. Netanjahu musste persönlich von Obama beruhigt werden, dass zur Verhinderung von Nuklearwaffen in Iran noch alle Optionen einschließlich der militärischen auf dem Tisch liegen. Dennoch, dies ist eine historische Wende in der US-Außenpolitik, die sich schon mit der ungewöhnlichen Einschaltung des Kongresses in die Entscheidung über einen erneuten Waffengang angekündigt hat. Wer und was auch immer dazu geführt haben, dass schließlich Obama auf Putin und nicht, wie bei uns unablässig gefordert, Putin auf Obama zugegangen ist - der Rückzug vom Schlachtfeld, noch ehe es offen und in voller Rüstung betreten worden ist, könnte ein Beispiel auch für die nächsten Konflikte in der Region geben.

Die Skepsis allerdings bleibt. Was sagt die Resolution 2118 des UNO-Sicherheitsrats, am 27. September einstimmig beschlossen, genau aus? Sie bleibt zunächst bei der Frage, wer das Giftgas eingesetzt hat, strikt neutral und schließt sich keiner der Vermutungen über die Urheber an. Wir wissen jetzt auch, dass es die USA und ihre kriegslüsternden Verbündeten Frankreich und Großbritannien waren, die den Auftrag der Untersuchungskommission strikt auf das „ob“ eines Giftgaseinsatzes beschränkt hatten. Sie ahnten offensichtlich, dass eine Prüfung, „wer“ das Gift eingesetzt hat, nicht zu dem von ihnen gewünschten Ergebnis führen würde, und wollten diese so entscheidende Frage lieber selbst mit ihren Geheimdiensten beantworten. Der Sicherheitsrat hat sich davon nicht beeinflussen lassen, aber den zweifellos erwiesenen Giftgaseinsatz als ein schweres Kriegsverbrechen und Verstoß gegen das Völkerrecht, qualifiziert. Er stelle eine „Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ dar. Diese Formulierung lässt wiederum sofort die Alarmglocken läuten, denn dies sind die Worte des Art. 39 im Kapitel VII der UN-Charta und öffnen den Weg zu militärischen Maßnahmen.

Doch diese werden in der Resolution mit keinem Wort erwähnt. Allen Parteien in Syrien wird die Produktion, Lagerung, Erwerb oder Gebrauch etc. von Chemiewaffen untersagt und bei einem Verstoß Sanktionen angedroht, für die es allerdings einer neuen Entscheidung des Sicherheitsrates bedarf. Der russische Außenminister Lavrov hat sehr eindrücklich auf diesen Mechanismus hingewiesen und noch einmal die russische Ablehnung militärischen Eingreifens in den Konflikt betont: „Die Resolution zu Libyen wurde auf das Kapitel VII der UN-Charta gegründet, die eine Reihe von Zwangsmaßnahmen ermöglicht, die von Warnungen bis Sanktionen und letztlich dem Gebrauch von Gewalt reichen. Dieses Kapitel wurde wiederholt von unseren Europäischen und US-amerikanischen Partnern als Basis der Resolution (zu Syrien) vorgeschlagen. Wir sind kategorisch dagegen. Wir haben die Lektion von Libyen gelernt. Wir kennen die Fähigkeiten unserer Partner zur Interpretation von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Wir wollten sicher gehen, dass es keine Vorwände oder Hintertüren gibt, die dazu benutzt werden können, einen ähnlichen Verlauf der Dinge für Syrien in die Wege zu leiten. Diese Resolution verbietet absolut jegliche Anwendung von

Gewalt und in der Tat jeden Gebrauch des Kapitel VII der UN-Charta. Dieses wird dadurch sichergestellt, dass die Abschlusspassage der Resolution sagt, dass wenn irgendeine syrische Partei, sei es die Regierung oder die Opposition, die Arbeit der Experten stört oder chemische Waffen benutzt, solche Zwischenfälle sofort dem UN-Sicherheitsrat gemeldet und untersucht werden sollen. Für den Fall, dass eine der Parteien eines Verstoßes für schuldig befunden wird, wird der UN-Sicherheitsrat die Situation auf der Basis des Kapitel VII behandeln. Mit anderen Worten, die Möglichkeit, Kapitel VII ins Spiel zu bringen, ist in die Zukunft verlagert worden und wird mit Sicherheit eine neue Resolution erfordern. Noch einmal, der Verstoß muss mit zwingender Sicherheit nachgewiesen werden.“

Der Resolution sind zwei Anhänge beigegeben worden, die ebenso verbindlich für die Parteien sind wie die Resolution selbst. Anhang I enthält den Beschluss der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vom gleichen Tag, mit dem die Beseitigung aller chemischen Waffen und Ausrüstungen im ersten Halbjahr 2014 gefordert wird. Diese soll bis zum 1. November 2014 erfolgt sein, dann müssen alle Produktionsanlagen sowie Misch- und Füllleinrichtungen zerstört sein. Das ist ein extrem enger Zeitrahmen, wenn man berücksichtigt, dass die USA und Russland seit über 15 Jahren mit der Vernichtung ihrer Chemiewaffen beschäftigt sind und ein Ende nicht abzusehen ist. Sollte dieser Prozess aus Gründen, die bei den Syrern liegt, unterbrochen werden, könnte der UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII vorgehen, das allerdings nicht nur militärische, sondern in erster Linie politische und ökonomische Sanktionen vorsieht (Art. 40 u. 41 UN-Charta).

Anhang II besteht aus dem Friedenplan, den die Staaten Ende Juni 2012 in Genf in einem Kommuniqué vorgestellt hatten. In ihm wurden ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen den gegnerischen Parteien sowie die Bildung einer Übergangsregierung aus Vertretern aller Parteien vorgeschlagen. Die Vorbedingung der Aufständischen, dass zuvor Assad abgedankt haben müsse, ist nicht in den Plan aufgenommen worden. In der Resolution selbst werden „alle syrischen Parteien“ aufgefordert, „so bald wie möglich“ in Genf eine Nachfolgekonferenz einzuberufen. Damit vermag vielleicht diese Resolution auch dafür ein Katalysator werden, wofür sie eigentlich nicht gemacht worden ist: mit der Beseitigung der Chemiewaffen auch den Krieg zu beenden und in eine politische Lösung des Konfliktes zu überführen. Das allerdings liegt nicht in der Macht der Syrer allein. Die massive ausländische Intervention von allen Seiten müsste sofort unterbunden werden. Konkret müssten die Waffenlieferungen an die Aufständischen und die üppigen Geldmittel, mit denen sie sich auf dem internationalen Markt mit Waffen aller Art eindecken können, gestoppt werden. Die unüberschaubare Anzahl fremder Dihadisten und Söldner müsste ebenso wie die Iraner das Land verlassen und die Russen ihre Waffenlieferungen an die Regierung einstellen. Die Aufständischen müssten von ihrem Terror abgebracht werden und die „Freunde Syriens“ müssten ihre bisherige logistische und militärische Unterstützung des Terrors in den Druck zu einer gewaltlosen und politischen Lösung verwandeln. Denn allmählich hat sich auf der Seite der syrischen und ausländischen Regierungen die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieser Konflikt militärisch nicht zu gewinnen ist – allein die Aufständischen wollen davon offensichtlich noch nichts wissen.

Der Plan Putin/Lavrov scheint aufzugehen – ein Eingeständnis, welches man hierzulande nur ungern macht. Lösen wir ihn von seinen Protagonisten, so bleibt ein Friedensplan ohne militärische Drohung und rigorose Sanktionen übrig. Das ist keine Garantie für einen Erfolg, wie die jahrzehntelangen erfolglosen Friedenspläne im Nachbarland Israel und seinem palästinensischen Besatzungsgebiet zeigen. Keiner denkt jedoch daran, aus der Erfolglosigkeit militärische Konsequenzen zu ziehen, aber jeder weiß, dass nur der politische Druck von außen den ewigen Rückfall in militärische Gewalt verhindern kann.

[www.norman-paech.de](http://www.norman-paech.de)